

Angst vor Schatten der Windräder

UMWELT Die Egloffsteiner befürchten Nachteile aus den neun Anlagen, die auf dem Gebiet der Nachbargemeinde Gräfenberg errichtet werden sollen. Der Gemeinderat protestiert gegen den Bau.

VON UNSEREM MITARBEITER REINHARD LÖWISCH

Egloffstein - Die Diskussion über die geplanten neun Windkraftanlagen in der Gemeinde Gräfenberg nahm auch in der jüngsten Egloffsteiner Gemeinderatssitzung breiten Raum ein. Helmut Pfefferle aus Seidmar bekam Gelegenheit, seine ablehnende Meinung zum Projekt ausführlich darzustellen.

Wichtiger Grund gegen die Anlagen sei die damit verbundene Landschaftszerstörung, meinte Pfefferle. Rund 200 Quadratmeter pro Windrad werden „verbraucht“; geplant, bebaut und für Reparatur- beziehungsweise Wartungsmaßnahmen frei gehalten. Und das mitten im Wald, im Buchwald zwischen Gräfenberg und Egloffstein und in der „Flöß“ zwischen Thuisbrunn und Egloffstein-Dietersberg. Dort, wo derzeit Jogger und Wanderer ihre Runden drehen.

„Ich habe nichts gegen Windkraftanlagen. Die sollen aber dort stehen, wo es Sinn macht und sie nicht stören.“

BÜRGERMEISTER FÖRTSCH

Die größte „Bedrohung“ gehe von der Größe aus: Bei 138 Metern liegt die Nabenhöhe der neuen Anlagen. Im Vergleich dazu habe das Kasberger Windrad „nur“ 98 Meter Nabenhöhe. Die Größe (in dieser Höhe weht immer Wind) könnte dazu führen, dass man von Egloffstein aus beide Anlagen sieht, weshalb Pfefferle negative Auswirkungen auch auf den Tourismus in der Gemeinde befürchtet.

Weitere Argumente gegen die Anlagen sind für ihn gesundheitsschädlicher Lärm durch tiefe Frequenzen, Schattenwurf (Hell-Dunkel-Effekt bei Sonnenschein), Eiswurf im Winter, Blitzschlaggefahr im Sommer und Wertminderung angrenzender Grundstücke. „Insgesamt also ein Verlust an Lebensqualität“, so sein Resümee.

Die Befürworter der Anlage, die Betreiberfirma Uhl aus Ellwangen und die bayerischen Staatsforsten, wollen nach Er-



Die Kasberger Windkraftanlage mit einer Nabenhöhe von „nur“ 98 Metern. Die neuen Anlagen im Raum Gräfenberg sollen um die Hälfte höher werden.

Foto: Reinhard Löwisch/Archiv

kenntnis Pfefferles vor allem damit punkten, dass diese Art der Energiegewinnung den CO₂-Ausstoß verringere und damit dem Kyoto-Protokoll entspreche. Außerdem argumentieren die Betreiber mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und locken mit Gewerbesteuerereinnahmen.

Deutschland muss 20 Prozent seiner Energie bis spätestens 2020 aus erneuerbaren Quellen herstellen. „Und überhaupt“, so

nach Pfefferle die Aussage des zuständigen Revierleiters, „liegen die Anlagen nicht im Bereich der Fränkischen Schweiz.“

Für Bürgermeister Stefan Förtisch ist die Handlungsweise des Landes in dieser Angelegenheit unverständlich. Die Regierung umgeht seiner Ansicht nach den gültigen Regionalplan Oberfranken-West und schaffe mit neuen Standorten für die Windkraftanlagen Fakten, die

Kurz notiert

Feuerwehr Die Feuerwehr bekommt für knapp 1500 Euro Schutzanzüge und für 2500 Euro technische Ausrüstung. Damit bleiben 1400 Euro im Haushalt „übrig“. Manch einer unter den Räten wollte für das Geld Oberhosen kaufen, die bei Atemschutzträgern vorgeschrieben sind. Andere wollten mit Blick auf die prekäre Haushaltssituation das Geld lieber sparen. Alfons Beetz witterte Absprachen und erfragte, ob es nur zwei Firmen gebe, die Feuerwehrausrüstung verkaufen. Das bejahte Bürgermeister Förtisch.

Post Bürgermeister Förtisch erläuterte, dass ab 1. Dezember ein neuer Vertrag mit der Post gelte, der vorsieht, dass die Postagentur im Rathaus auch samstags öffnen müsse. Das bedeutet für die Angestellte eine Sechs-Tage-Woche und einen Ausgleichstag unter der Woche. Was wiederum zu Lasten der Gemeinde gehe, da dann eine Vertretung einspringen müsse, die in dieser Zeit für die Gemeinde ausfällt. Beetz und Zweiter Bürgermeister Nikolaus Thäter verlangten eine Prüfung, „ob sich die Agentur rentiert“. Wenn nicht, solle man einen anderen Betreiber zu suchen.

Sicherheit Im Clinch liegt die Gemeinde mit einem Bürger, durch dessen Grundstück ein Wanderweg führt. Schon dreimal haben dessen Hunde heuer Wanderer belastigt. Die Gemeinde beschied, dass die Hunde „sofort“ sicher weggesperrt werden. Dagegen geht ihr Besitzer juristisch vor. Er beantragte, dass die Gemeinde den Wanderweg auf die Straße verlegt. Der Rat lehnte den Antrag einstimmig ab. Der Bescheid soll vollzogen werden.

keiner verstehe. Daher plädierte er für parteiübergreifende Zusammenarbeit, um den Staat zu bewegen, seine Planungen zu ändern. Förtisch: „Ich habe nichts gegen Windkraftanlagen. Die sollen aber dort stehen, wo es Sinn macht und sie nicht stören.“

Zusammen mit anderen betroffenen Gemeinden will man in nächster Zeit weitere Aktionen unternehmen.